

## **A21** Wir sichern die Freiheit und bewahren die Vielfalt (Das menschliche Thüringen gestalten: Migration und Zusammenleben)

Gremium: LaVo  
Beschlussdatum: 07.12.2020

### Text

1 Offenheit und Vielfalt sind für uns BÜNDNISGRÜNE eine Bereicherung unseres  
2 Landes. Geflüchtete aufzunehmen ist unsere menschliche Verpflichtung, für  
3 Zuwanderung offen zu sein ist verantwortungsbewusst. Menschen, die sich bei uns  
4 einbringen, hier arbeiten und sich ein Leben aufbauen wollen, machen Thüringen  
5 vielfältiger und mit ihnen können wir dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Unser  
6 Grundgesetz ist das Fundament für ein gutes, friedliches Zusammenleben aller  
7 Menschen in unserem Land. Gegenseitige Anerkennung, Respekt, Gleichberechtigung  
8 und Chancengleichheit sind wichtige Eckpfeiler. Das menschliche Thüringen  
9 braucht alle hier lebenden Menschen, denn Integration ist keine Einbahnstraße.

10 Schauen wir nicht weg: Flucht und Verfolgung sind leider an vielen Orten auf der  
11 Welt schreckliche Realität. Die Bekämpfung von Fluchtursachen ist daher genauso  
12 wichtig wie der Schutz jener Menschen, die zu uns kommen. Wir stehen für  
13 umfassende gesellschaftliche Teilhabe und einen menschenwürdigen Umgang mit  
14 allen Geflüchteten, egal ob sie nur für einen begrenzten Zeitraum oder dauerhaft  
15 bei uns leben. Und das ist mehr als eine warme Mahlzeit und ein Dach über dem  
16 Kopf. Dazu gehört auch das Recht auf Bildung für alle von Anfang an. Sprache ist  
17 schließlich der Schlüssel zur Teilhabe und gelingenden Integration.

#### 18 Asyl- und Integrationspolitik

19 Die schnelle, faire und rechtsstaatliche Prüfung des Anspruchs auf Schutz und  
20 Asyl ist elementar, weitere Verschärfungen des Asylrechts sind es nicht. Wir  
21 lehnen das Konstrukt sicherer Herkunftsstaaten aus grundsätzlichen Erwägungen  
22 ab. Das individuelle Grundrecht auf Asyl darf nicht weiter ausgehöhlt werden.  
23 Bereits erfolgte Asylrechtsverschärfungen erhöhen die Unsicherheit und den  
24 Beratungsbedarf. Daher werden wir die individuelle und unabhängige  
25 Asylverfahrensberatung im ganzen Land gewährleisten. Das diskriminierende  
26 Asylbewerberleistungsgesetz auf Bundesebene wollen wir weiterhin abschaffen.

27 Schon heute gelingt die Integration der zu uns Eingewanderten und Geflüchteten.  
28 Wir haben alle Bereiche von der Ankunft bis zur Integration federführend in  
29 einem Ministerium gebündelt, das die Zuständigkeit für Migration nicht nur im  
30 Namen trägt. Wir haben die wenigen bundesrechtlichen Spielräume für eine  
31 menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik genutzt und als erste  
32 asylpolitische Maßnahme einen Winterabschiebestopp erlassen, für den wir uns  
33 auch zukünftig einsetzen werden. Zusammen mit vielen Menschen überall in  
34 Thüringen wurde ein **Integrationskonzept** entwickelt, dessen Ziele und Maßnahmen  
35 Integration für die kommenden Jahre gestalten und in das wir weiter investieren  
36 werden: Verbesserung des Spracherwerbs als Schlüssel zur Integration, Nachholen  
37 von schulischer Bildung und Arbeitsmarktintegration von erwachsenen

38 Migrant\*innen, Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung und Hilfe für  
39 traumatisierte Flüchtlinge und vieles mehr.

40 Wir haben die medizinische Versorgung durch die Einführung der elektronischen  
41 Gesundheitskarte und einen erweiterten Leistungskatalog bereits deutlich  
42 verbessert. Die psychosoziale und therapeutische Versorgung werden wir weiter  
43 stärken und die medizinische Versorgung von Menschen ohne Papiere durch den  
44 anonymen Krankenschein sicherstellen. Mit den Sprachförderprogrammen „Start  
45 Deutsch“ und „Start Bildung“ haben wir Förderlücken geschlossen und die  
46 Sozialbetreuung in den Unterkünften schrittweise verbessert. Die Unterstützung  
47 des Ehrenamtes bleibt wichtig, daher haben wir die landesweite professionelle  
48 Ehrenamtskoordinierung und die Förderung der Integrationsarbeit massiv  
49 ausgebaut. Diese Integrationsarbeit war und ist undenkbar ohne die Hilfe  
50 unzähliger Menschen, die sich ehrenamtlich oder hauptamtlich engagieren. Ihnen  
51 gebührt unser Dank.

52 Die erreichten Erfolge in der Integrationspolitik wollen wir fortsetzen, es  
53 bleibt noch eine Menge zu tun. Basis dafür ist die dauerhafte Umsetzung und  
54 solide Finanzierung des Thüringer Integrationskonzepts unter Mitwirkung einer  
55 gestärkten Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge. Mit einem  
56 echten Integrationsgesetz wollen wir den Rahmen schaffen, in dem sich die  
57 verschiedenen Integrationsmaßnahmen und -programme bündeln lassen. Die  
58 unabhängige Netzwerk-, Qualifizierungs- und Beratungsarbeit des Thüringer  
59 Flüchtlingsrates e.V. werden wir weiter fördern.

60 Angesichts von Kriegen, Klimakrise, Umweltzerstörung und Armut ist die  
61 **Bekämpfung von Fluchtursachen** eine immense Herausforderung für internationale  
62 Politik - eine Verantwortung, vor der wir uns nicht wegducken dürfen. Wir tragen  
63 durch unsere Art zu leben und zu wirtschaften eine Mitverantwortung für die  
64 durch die fortschreitende globale Erwärmung ausgelösten Dürren und die  
65 Wüstenbildungen, für die Verarmung und Vertreibung von Menschen als Folgen einer  
66 falschen globalen Agrarpolitik. Fluchtursachen zu bekämpfen heißt internationale  
67 Konflikte diplomatisch zu lösen, fairen Welthandel und nachhaltige Entwicklung  
68 zu gestalten und die Klimakrise zu bekämpfen.

69 Geflüchtete Menschen werden auch in Zukunft Schutz bei uns suchen. Abschottung  
70 ist also keine Option. Stattdessen gilt es, eine gemeinsame europäische Flucht-  
71 und Asylpolitik zu vereinbaren, die sichere und legale Fluchtwege eröffnet,  
72 Familiennachzug ermöglicht und eine solidarische Aufnahme und Verteilung in den  
73 europäischen Mitgliedsstaaten ermöglicht. Jahrelange Trennung der Geflüchteten  
74 von ihren Familien kann zu enormen Belastungen und Ängsten führen. Alle Menschen  
75 sollten unabhängig von ihrer Herkunft das Recht auf ein Zusammenleben mit ihrer  
76 Familie haben, auch in unserem Land. Europa darf nicht zur Festung, seine  
77 Außengrenze nicht zur Todeslinie werden. Aus diesem Grund unterstützen wir  
78 BÜNDNISGRÜNE auch die Seenotrettung auf dem Mittelmeer. Das Engagement  
79 ehrenamtlicher Retter\*innen darf nicht kriminalisiert werden. Kommunen, die  
80 bereit sind, aus Seenot gerettete Schutzsuchende aufzunehmen, wollen wir dabei  
81 unterstützen. Das **Landesaufnahmeprogramm** werden wir erhalten und erweitern.  
82 Darüber hinaus wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk der  
83 Vereinten Nationen ein Landesaufnahmeprogramm für 500 besonders schutzbedürftige  
84 Geflüchtete, vor allem Frauen und Kinder, schaffen.

85 Zu uns geflüchtete Menschen sollen unabhängig von ihrer Bleibeperspektive  
86 möglichst schnell ein selbstbestimmtes Leben führen und am gesellschaftlichen

87 Leben teilhaben können. Das beginnt bei **dezentralem Wohnraum** nach der Ankunft,  
88 der zügig zur Verfügung gestellt werden soll. Ankerzentren oder Abschiebezentren  
89 lehnen wir vehement ab. Stattdessen wollen wir die Erstaufnahme weiter  
90 modernisieren und das Flüchtlingsaufnahmegesetz so verändern, dass die  
91 dezentrale Unterbringung konsequent gefördert sowie die eigenständige  
92 Wohnsitznahme durch private Anmietungen ermöglicht wird. In Ballungszentren soll  
93 der soziale Wohnungsbau auch für Geflüchtete ausgebaut werden.

94 Die Standards in den Unterkünften werden wir weiter verbessern. Unter den  
95 Geflüchteten befinden sich schließlich viele schutzbedürftige Menschen, vor  
96 allem Kinder und Jugendliche, traumatisierte Geflüchtete oder allein reisende  
97 Frauen. Bereits in der Erstaufnahme soll daher eine bedarfsgerechte Begleitung  
98 und Unterstützung erfolgen und in den Unterkünften konsequent Gewaltschutz und  
99 Privatsphäre gewährleistet werden. Damit Integration gut gelingen kann, brauchen  
100 Geflüchtete und neu zugewanderte Menschen von Anfang an Perspektiven, also  
101 lückenlose Zugänge zu Sprachkursen, guter Bildung und Schulabschlüssen,  
102 Ausbildung und Arbeit, zu guter Gesundheitsversorgung und dezentralem Wohnraum.

103 Geflüchtete, die einen Ausbildungsplatz haben, sollen einen sicheren  
104 Aufenthaltsstatus bekommen und sich nach Abschluss eine dauerhafte Beschäftigung  
105 suchen können. Die „3+2-Regelung“, die derzeit ein fünfjähriges Bleiberecht  
106 ermöglicht, verschafft **Ausbildungsbetrieben in Handwerk und Wirtschaft** mehr  
107 Planungssicherheit. Daher soll diese weiter ausgebaut werden. Menschen, die  
108 erfolgreich eine Ausbildung absolviert haben, sollen eine dauerhafte  
109 Bleibemöglichkeit bekommen. Arbeits- und Ausbildungsverbote halten wir  
110 allerdings für grundfalsch. Unser Ziel ist, dass diese Verbote vollständig  
111 aufgehoben werden. Wir werden verstärkt auf die Einhaltung fairer  
112 Arbeitsbedingungen achten und den Zugang zu Beratungsmöglichkeiten für  
113 ausländische Arbeitnehmer\*innen erweitern. Zur Integration in den Arbeitsmarkt  
114 sollen die Verfahren zur Anerkennung von ausländischen Qualifikationen  
115 verbessert und Weiterbildungsmöglichkeiten erleichtert werden.

116 Fachkräfte, deren Ideen und Motivation unser Land braucht, sollen einfacher  
117 einen Arbeitsplatz bei uns suchen können. Wir streiten auf Bundesebene dafür,  
118 das Einwanderungsrecht zu liberalisieren und ein **modernes,**  
119 **menschenrechtsorientiertes Einwanderungsgesetz** zu verabschieden. Auch der  
120 Spurwechsel zwischen Asyl- und Einwanderungsrecht muss klar geregelt werden,  
121 damit Asylbewerber\*innen bei entsprechender Qualifikation leichter eine  
122 Arbeitserlaubnis erhalten. Die Aufnahme von Arbeitskräften darf sich nicht nur  
123 nach wirtschaftlichen oder arbeitsmarktpolitischen Interessen richten.

124 Am Ende gelungener Integration kann die deutsche Staatsbürger\*innenschaft  
125 stehen. Wir halten aber daran fest, dass auch doppelte  
126 Staatsbürger\*innenschaften möglich sind. Wir wollen die politische Beteiligung  
127 hier lebender Ausländer\*innen steigern und dazu neue Wege beschreiten. Die  
128 Mitgestaltung des eigenen Lebensumfelds ist wesentlicher Teil der Teilhabe. Wir  
129 werden deshalb auch Nicht-EU-Bürger\*innen das aktive und passive kommunale  
130 Wahlrecht ermöglichen.

### 131 Gesellschaft und Verwaltung sensibilisieren

132 Wir BÜNDNISGRÜNE wollen bei der Personalgewinnung für den öffentlichen Dienst  
133 diversity-orientierte Ansätze nutzen und so die Repräsentativität in der  
134 Beschäftigtenstruktur hinsichtlich unterschiedlicher Vielfaltsdimensionen wie  
135 beispielsweise bei **Mitarbeiter\*innen mit Migrationshintergrund in der**

136 **öffentlichen Verwaltung** und in sozialen Einrichtungen verbessern. Dafür braucht  
137 es mehr Antirassismus- und Diversitätstrainings sowie Angebote an Schulungen für  
138 kultursensibles Verhalten in Behörden, Kitas, Schulen und Krankenhäusern, also  
139 an Orten, an denen Menschen häufig mit Zugewanderten und Geflüchteten arbeiten.  
140 Genauso ist für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft die Integrations- und  
141 Kulturarbeit der Migrant\*innenorganisationen unverzichtbar. Wir werden sie  
142 weiter fördern und dafür auch die professionelle Ehrenamtskoordinierung  
143 verstetigen. Auch das Netz der Migrations-Beratungsstellen (Migranetz) soll  
144 flächendeckend ausgebaut werden. In einem partizipativen Prozess wollen wir  
145 zusammen mit zivilgesellschaftlichen Institutionen einen Landesaktionsplan gegen  
146 Rassismus und Diskriminierung erarbeiten.

147 Rassismus, rechte Gewalt und Diskriminierung betreffen leider auch viele  
148 Geflüchtete. Daher haben wir ein Bleiberecht für Betroffene rechter Gewalt  
149 geschaffen, das wir weiterentwickeln wollen. Es sind jedoch nicht nur  
150 Geflüchtete, sondern viele Menschen insgesamt betroffen. Aus diesem Grund und  
151 zur Stärkung der Rechte von Betroffenen setzen wir uns grundlegend für die  
152 Aufnahme einer Klausel gegen Antisemitismus und Rassismus sowie gegen Homo- und  
153 Transphobie in die Landesverfassung ein. **Förderprogramme für prodemokratische,**  
154 **antifaschistische und antirassistische Bildungsarbeit** wollen wir stärken und  
155 auch die Antidiskriminierungsarbeit gesetzlich besser verankern. Ein  
156 flächendeckendes Beratungsnetz für von Diskriminierung Betroffene halten wir für  
157 unabdingbar, genauso wie wir uns konsequent gegen institutionelle  
158 Diskriminierung und Racial Profiling wenden.